

Sitzungsniederschrift

7. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Integration

Sitzungsort: Bürgerhaus am Ihler Meer, 1. Kompanieweg 3, 26632 Ihlow		
Sitzungsdatum: 30.11.2022	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 17:06 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Forster, Hans	SPD	
Mitglieder		
Albers, Angelika	GRÜNE	
Albrecht, Hinrich	SPD	
Behrends, Kuno	SPD	Vertretung für Herrn Timo Seeberg
Biller, Anita	SPD	
de Vries, Kevin	SPD	
Fohrden, Siebelt	CDU/FDP	
Jelken, Friedhelm	CDU/FDP	Vertretung für Udo Weilage
Krüsmann, Enno	SPD	
Reinken, Wilhelm	FW im Landkreis Aurich	
Tammen, Harald	CDU/FDP	
Ubben, Hilde	FW im Landkreis Aurich	
Grundmandat		
Tyedmers, Johannes	AfD	
Beratende Mitglieder		
Frieden, Helene		Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., Regionalverband Weser-Ems
Köhler, Jörg		Erwerbslosen/Arbeitsloseninitiative
Saathoff, Peter		Sozialverband Deutschland, Kreisverband Aurich-Norden
Tobiassen, Bernd		Ausländerbeauftragter

Verwaltung

Focken, Ewald

Hoofdmann, Sandra

Müller, Michael

Leiter Amt 52

Puchert, Dr. Frank

Schäfer, Steffen

Seemann, Volker

Zuständig für die Widersprüche und
zuständiger Abteilungsleiter Migra-
tion

Wessels, Keno

Hinderks, Andrea

Nicht anwesend:

Mitglieder

Ennen, Jann

CDU/FDP

Seeberg, Timo

SPD

Weilage, Udo

CDU/FDP

Beratende Mitglieder

Caspers, Matthias

Arbeitergemeinschaft der Wohl-
fahrtpflege

Hülsebus, Dieter

Arbeitergemeinschaft der Wohl-
fahrtpflege

Pieschke, Bärbel

Behindertenbeauftragte

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 13.09.2022 - öffentlicher Teil -
5. Einwohnerfragestunde
6. Mütter- und Frauenzentrum Aurich e.V.
Vorlage: X/2022/169
7. Antrag Bündnis 90 / Die Grünen vom 04.11.2022; Bericht zur Unterbringung von geflüchteten Menschen
Vorlage: X-AF/2022/041



8. Antrag Bündnis 90 / Die Grünen vom 04.11.2022; Bericht zum Chancen-
Aufenthaltsrecht
Vorlage: X-AF/2022/040
 9. Bürgergeld; Überblick über den aktuellen Sachstand
 10. Verschiedenes, Wünsche und Anregungen
 11. Einwohnerfragestunde
 12. Schließung der Sitzung
-

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Forster eröffnete um 15.00 Uhr die Sitzung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Forster stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Vorsitzender Forster erkundigte sich, ob Einwände gegen die Tagesordnung bestünden. Einwände wurden nicht vorgetragen. Die Tagesordnung wurde festgestellt.

**TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 13.09.2022 -
öffentlicher Teil -**

Der Niederschrift wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Wortbeiträge in der Einwohnerfragestunde vor.

TOP 6 **Mütter- und Frauenzentrum Aurich e.V.**
Vorlage: X/2022/169

Herr Müller, Leiter des Amtes für Jugend und Soziales, stellte die Beschlussvorlage vor.

Abgeordneter Behrends begrüßte die Ergebnisfindung und teilte mit, dass er hoffe, dass sich die Förderung irgendwann verstetige.

Herr Köhler stellte die Frage, ob das Mütter- und Frauenzentrum der aktuellen Situation hinsichtlich der Zuwanderung gerecht werden könne und darauf vorbereitet sei.

Herr Müller antwortete, dass die Arbeit des Zentrums ehrenamtsbasiert sei und es in der Summe vielfältige Angebote gäbe. Aus Erfahrungen wisse man, dass die Kinderbetreuung bei Migrant*innen eine große Bedeutung habe. Das Angebot im Mütter- und Frauenzentrum werde hauptsächlich von geflüchteten Menschen und deren Kinder genutzt, während diese Kurse des Zentrums besuchen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 7 **Antrag Bündnis 90 / Die Grünen vom 04.11.2022; Bericht zur Unterbringung von geflüchteten Menschen**
Vorlage: X-AF/2022/041

Herr Wessels, Mitarbeiter des Ordnungsamtes, stellte den 5. Sachstandsbericht zur Flüchtlingssituation anhand der anliegenden Präsentation (Anlage 1) vor.

Abgeordneter Reinken wollte wissen, welche Funktion der Sicherheitsdienst habe.

Herr Wessels teilte mit, dass der Sicherheitsdienst hauptsächlich auch als Ansprechpartner diene.

Abgeordnete Albers erkundigte sich, ob es auf dem Kasernengelände Gebäudeteile gäbe, die noch nutzbar gemacht werden könnten. Zudem wollte sie wissen, ob es eine psychologische Betreuung für die geflüchteten Menschen gäbe.

Herr Wessels teilte mit, dass alle Gebäude, die von der BImA zur Verfügung gestellt wurden, hergerichtet werden, mit Ausnahme von Gebäude 13. Der Grund dafür sei, dass das Gebäude mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand hergerichtet werden müsste und anschließend nur wenig Aufnahmekapazitäten biete.

Zum Thema psychologische Betreuung teilte Herr Wessels mit, dass alle Flüchtlinge eine engmaschige Begleitung und ärztliche Untersuchung erhielten. Sollte dabei etwas bekannt werden, werde eng mit dem Amt für Gesundheitswesen zusammengearbeitet.

Vorsitzender Forster bedankte sich für den Vortrag.



TOP 8 **Antrag Bündnis 90 / Die Grünen vom 04.11.2022; Bericht zum Chancen-Aufenthaltsrecht**
Vorlage: X-AF/2022/040

Herr Schäfer, Mitarbeiter des Ordnungsamtes, berichtet anhand der anliegenden Präsentation (Anlage 2) zum Chancen-Aufenthaltsrecht.

Herr Tobiassen teilte mit, dass er die Ausweitung der Aufenthaltserlaubnis auf Probe auf 18 Monate für sinnvoll erachte, da die Identitätsklärung ein langwieriger Prozess sei. Jetzt sei zu klären, wie der Landkreis Aurich die neuen Regelungen umsetzen kann. Hierdurch werde ein großer Personenkreis den Landkreis Aurich beschäftigen. Es würden nunmehr auch bestehende Regelungen verändert. Er teilte mit, dass für Mitte Dezember ein Termin geplant sei, um zu besprechen wie die Beratungsstelle zusammen mit der Ausländerbehörde dies vernünftig umsetzen könne. Es sei wichtig hier arbeitseffektiv vorzugehen, um möglichst ohne Schwierigkeiten die neuen Regelungen umzusetzen.

Herr Köhler wollte wissen, was es bedeute gut integriert zu sein und wie dies gemessen werde.

Herr Schäfer teilte mit, dass der Begriff „gut integriert“ im Ausländerrecht ein großer Begriff sei, unter dem diverse Punkte eine Rolle spielen. Unter anderem der Schulbesuch, die Schulleistung, das Sozialverhalten, das Sprachniveau usw. Die Prüfung sei insgesamt sehr umfangreich. Wer die Voraussetzung in den 18 Monaten nicht erreiche, falle zurück in den Duldungsbereich.

Abgeordnete Albers bedankte sich für den Bericht. Aus ihrer Sicht sei dies eine gute Perspektive auf ein Leben in Deutschland. Dies sei letztlich wichtig, damit die Menschen in Ausbildung kämen und einen Beruf ausüben können. Nicht zuletzt aufgrund des Fachkräftemangels in Deutschland. Frau Albers gab zu bedenken, dass das Verfahren gut begleitet werden müsse und begrüße es, dass hierzu bereits Termine zur Ausgestaltung geplant seien.

Abgeordneter Tammen fragte, ob Begünstigte des Verfahrens Inhaber einer Duldung seien. Und wollte wissen, ob das nicht die Personen seien, bei denen die Kernvoraussetzung für eine Erlaubnis fehlen würde. Er stellte die Frage, ob dies nicht mit einer Ungleichbehandlung einhergehe.

Herr Schäfer antwortete, dass das neue Recht an dieser Stelle nicht bewertet werden könne und auch keine Einflussnahme vorläge. Letztlich müssten die gesetzlichen Vorgaben durch die Ausländerbehörde umgesetzt werden.

Herr Tobiassen teilte mit, dass er seit 34 Jahren in der Flüchtlingsarbeit tätig sei und die erste Regelung 1989 getroffen wurde, durch die ca. 22.000 Menschen in Niedersachsen von einer Duldung in ein Aufenthaltsrecht kamen. Mit dem Ergebnis, dass diese dann arbeiten durften und sich verselbstständigen konnten. Er habe es erlebt, dass solche Regelungen alle paar Jahre wieder getroffen wurden. Immer als eine Anerkennung der Realität.

Abgeordneter Tammen erkundigte sich, ob durch die neue Regelung, Personen nicht auch ermutigt würden nach Deutschland einzureisen und wollte wissen, wie die Definition für eine „Straftat“ im ausländerrechtlichen Sinne sei.

Herr Schäfer antwortete, dass solche Entscheidungen sicherlich auch einen Anziehungsfaktor mit sich brächten, hier jedoch eine Stichtagsregelung greife. Zum Thema Straftaten konnte Herr Schäfer mitteilen, dass diese ab 50 Tagessätzen bewertet würden. Kleinstdelikte würden nicht berücksichtigt werden.

Vorsitzender Forster bedankte sich für den Austausch und den Vortrag.

TOP 9 **Bürgergeld; Überblick über den aktuellen Sachstand**

Herr Focken, Leiter des Jobcenters, stellte den Bericht zum Bürgergeld anhand der anliegenden Präsentation (Anlage 3) vor.

Herr Forster bedankte sich für den Vortrag.

Herr Köhler erkundigte sich, ob das bestehende Personal mit den neuen Herausforderungen zurechtkäme und wollte wissen, wie die Einschätzung sei, dass die Umstellung gelinge.

Herr Focken erklärte, dass viele Änderungen erst zum 01.07.2023 wirksam werden und so noch Zeit bestünde. Die Regelsätze umzustellen mache die wenigste Arbeit, da dies durch eine Veränderung in der EDV umsetzbar sei. Viel Arbeit mache die Anpassung der Anträge, Bescheide, Vordrucke, Merkblätter usw. Der Gesetzgeber sei hier aber kulant und erwarte nicht, dass alles zum 01.01.2023 umgesetzt werde. Insgesamt sei zu erwarten, dass mehr Menschen einen Anspruch haben, nicht zuletzt auch aufgrund der hohen Energiekosten.

Herr Tobiassen fragte, für welchen Zeitraum das Bürgergeld zukünftig gewährt werde.

Herr Focken teilte mit, dass ihm hier keine Veränderung zum bisherigen Verfahren bekannt sei.

Herr Tobiassen wollte wissen, ob somit zunächst die alten Anträge weiterverwendet werden könnten.

Herr Focken bestätigte dies.

Vorsitzender Forster bedankte sich für den Vortrag und verabschiedete sich –auch im Namen des gesamten Ausschusses für Arbeit, Soziales und Integration– von Herrn Focken, da dieser zum Jahreswechsel den Ruhestand antrete.

TOP 10 **Verschiedenes, Wünsche und Anregungen**

Abgeordnete Albers machte den Vorschlag, dass direkt auf der Startseite der Landkreis Aurich Homepage die Neuerungen zum Wohngeldrecht zu finden sein sollten. **Herr Müller, Leiter des Amtes für Jugend und Soziales**, teilte mit, dass der Vorschlag bereits an die Pressestelle weitergeleitet worden sei.

TOP 11 **Einwohnerfragestunde**

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

TOP 12 **Schließung der Sitzung**

Vorsitzender Forster schloss die Sitzung um 16.41 Uhr.

gez. Forster
Vorsitzender

gez. Hoofdmann
Protokollführerin